



Anträge auf dem Parteitag: Das Einmaleins

Der Bundesparteitag 2012.2 am 24. und 25. November in Bochum steht für die PIRATEN ganz im Zeichen der Programmarbeit. Über 800 Anträge stehen im Antragsportal bereit. In Zusammenarbeit mit Flaschenpost-Onlinezeitung und Krähenest-Podcast stellen wir interessante Anträge vor.





Welche Anträge gibt es?

Es vier verschiedene Sorten: Anträge für das Grundsatzprogramm, für das Wahlprogramm (durchnummeriert von PA001 bis PA656), beide Varianten konnten bis 26. Oktober eingereicht werden. 68 Anträge wollen die Satzung ändern oder ergänzen (SÄA001 bis SÄA068), auch hier Frist am 26.10. Sonstige Anträge (ab X001) können dagegen auch noch auf dem Parteitag eingereicht werden, ebenso wie Positionspapiere (ab P001)

Was sind die Unterschiede?

Angefangen beim Programmantrag: Grundsatzprogramm oder Wahlprogramm. Ins Grundsatzprogramm kommen grundsätzliche Standpunkte der Partei. Es sind also allgemeine Prinzipien, Werte oder Ziele zu benennen. Im Wahlprogramm landen die konkret gefassten Forderungen. Zum Beispiel Standpunkte zu bestimmten Aktionen. Für Programmanträge ist eine Zweidrittel-Mehrheit nötig: das ist in Paragraph 12 der Bundessatzung so festgelegt. So kommen nur Anträge durch, die über eine breite Mehrheit auf dem Parteitag verfügen.

Bei den Satzungsänderungsanträgen geht es um die Satzung der Partei selbst. Hierzu ist dieses Jahr beispielsweise einiges im Antragsportal, etwa zur Veränderung der Mitgliedsbeiträge. Auch hier braucht es eine Zweidrittel-Mehrheit.

Alle anderen Entscheidungen auf dem Parteitag werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen (Bundessatzung Paragraph 9b Absatz 9): darunter fallen die in der Satzung unerwähnten Sonstigen Anträge (eben als Fallback für alles, was weder Programm- noch Satzungsänderung ist) und Positionspapiere, die in der Parteitags-Geschäftsordnung nur einmal erwähnt werden, und zwar als Rettungsmöglichkeit für gefailte Programmanträge: diese können nach einer Wahl, die die Zweidrittelmehrheit nicht erreichte, umgehend als Positionspapier abgestimmt werden. Dafür reicht dann die einfache Mehrheit. (Paragraph 16, Satz 2)

Wie wird abgestimmt?

Genau steht dies in der Parteitags-Geschäftsordnung, bei Bedarf jederzeit auf dem Bundesparteitag geändert werden kann. Wenn sich mehrere Anträge gegenseitig ausschließen, wird zuerst mal nach einfacher Zustimmung reduziert. Danach wird, sofern es nicht anders gesagt wird, offen mit Ja oder Nein abgestimmt, mit einfacher Mehrheit. Ausnah-

me sind konkret notwendige 2/3 Mehrheiten (also doppelt so viele Ja- wie Nein-Stimmen) und geheime Abstimmungen (die jeder beantragen kann, es müssen mindestens 50 Piraten zustimmen). Ausgezählt wird das ganze je nach Situation vom Versammlungs- oder Wahlleiter mit seinen Hilfswahlleitern. Es lohnt sich also, sich mit den Anträgen und Personen auseinander zu setzen.

Und mein Lieblingsantrag?

Wichtig zu wissen: es gibt keine vorab festgelegte Reihenfolge, wann welche Anträge abgestimmt werden. Es gibt nur unverbindliche Vorschläge. Dem Parteitag steht es frei, zu Sitzungsbeginn diese Tagesordnungs-Vorschläge anzunehmen oder eben auch nicht: die Antragsreihenfolge zum Beispiel durch ein ad hoc ausgedachtes Verfahren in mehrstündiger, zeitfressender Arbeit auszuwürfeln. Im späteren Verlauf kann die Reihenfolge durchaus geändert werden: dazu reicht eine einfache Mehrheit, die je nach Stimmungslage schnell beisammen ist. In der Vergangenheit haben diese Nebenaktivitäten mehrere Stunden wertvolle Zeit gekostet, dies ist allerdings gerechtfertigt, denn ein Antrag wird so nicht abgestimmt oder eben aussichtsreich vorgezogen. Solche Tricks gehören im politischen Richtungsstreit einfach mit dazu. Also aufgepasst!

Was macht die Antragskommission?

Die Antragskommission kümmert sich darum, eingehende Anträge zu sichten, konkurrierende oder sich ergänzende Anträge zu gruppieren und sie in der Form aufzubereiten. Sie arbeitet unterschiedliche Möglichkeiten aus, nach denen über die Anträge abgestimmt werden kann. Dazu gehört die Reihenfolge, die Struktur und einiges mehr. Diese Möglichkeiten werden zu Beginn des Bundesparteitages abgestimmt. Natürlich hat auch jeder andere die Möglichkeit, weitere Varianten einzureichen. Informationen, wie genau Anträge eingereicht werden können sind auf der Seite des Piratenwikis-Antragsportal zu finden.

Satzungsänderungsanträge

Das recht interessante Thema der Mündigkeit und politischen Partizipation des Menschen und wann diese beginnt, ist bei den zwei Anträgen auf Änderung des Paragraph 2 der PIRATEN-Bundessatzung wieder aufgenommen worden. Diese Diskussion kam schon früher unter den etablierten Parteien

auf. Bereits 1971 beschloss der Deutschlandtag der Jungen Union, das Eintrittsalter von 16 auf 14 Jahre herunter zu setzen. Auch die Julis (Junge FDP) setzen ihre Mitgliedschaft bei 14 Jahren an. Die Jusos (Jugendorganisation der SPD) und die Junge Linke kennen kein Mindestalter für die Mitgliedschaft. Viele Parteien haben allerdings eine Obergrenze, meist um die 30 herum, nach der man entweder rausfällt oder sich der „Erwachsenen-Partei“ zuwendet.

Zwei Anträge beschäftigen sich mit dieser Frage aus Sicht der Piratenpartei. Der Satzungsänderungsantrag SÄA007 sieht vor, dass jeder ohne Altersbeschränkung Mitglied werden kann, SÄA006 setzt ein Alter von 14 Jahren als Voraussetzung zum Beitritt an. Interessant ist auch der Antrag SÄA021 zur Neueinführung einer Karenzzeit. Diese umfasst ein Jahr Zeitspanne zwischen der ordentlichen Beendigung eines Amtes oder Mandats in einer anderen Partei bis zur Aufnahme in die Piratenpartei. Es geht hierbei nicht zuletzt um die Glaubwürdigkeit bei den Wählern und das eigene Interesse an dem Programm der Partei. Darüber hinaus repräsentieren die Mitglieder der Partei zusammen den Eindruck und die Wirkung nach außen hin. Wenn sich unter den aufgenommenen Mitgliedern einige befinden, denen beispielsweise nicht wirklich etwas am Programm der Piraten liegt, kann das dem Image und auch dem gegenseitigen Vertrauen innerhalb der Partei schaden.

Die Frage der Karenzzeit ist immer wieder aktuell, vor allem auch wenn es um Politiker geht, die schon kurz nach ihrem Austritt oder dem Niederlegen eines Parteienamtes oder -mandats einen (oft prägnanten) Posten in der Wirtschaft beziehen.

Der Antrag SÄA009 fordert das Hinzufügen eines klaren Bekenntnisses zur Unvereinbarkeit rassistischer Tendenzen mit der Einstellung der Piratenpartei. Dieser Antrag ist ein klares Statement zur Ablehnung von der Verharmlosung sowohl aktueller als auch historischer Gewalt mit faschistischem und/oder rassistischem Motiv. Dies soll ersichtlich machen, dass sich die Partei klar von rechten, gewalttätigen und extremen Strukturen abgrenzt und Leute mit solchen Tendenzen in der Partei nicht erwünscht sind, sie folglich auch nicht Mitglied werden können. Einsendeschluss für Änderungsanträge zur Satzung war der 26. Oktober 2012.

mit Material von der Flaschenpost (CC BY-SA)

PA227 | ALG-II/Hartz-IV Wahlprogramm

Weiter Gerichtskosten für Arme

Soziales Der Weg zum guten Recht wird schwer, wenn man ihn sich nicht leisten kann. Deshalb gibt es für Bedürftige den Anwalt und Gerichtskosten mehr oder weniger zum Nulltarif: bisher jedenfalls. Über die Gewährung von Prozesskostenhilfe und die Zuschußmodalitäten, also ob 100 Prozent ratenfrei oder gegen Zahlung von Raten bewilligt wird, entscheiden die Gerichte je nach Einkommenslage. Doch die aktuelle Bundesregierung bemüht sich zur Zeit, dieses sogenannte Armenrecht für einkommensschwache Mitbürger massiv zu verändern, und zwar so, dass neue Einstiegshürden es wesentlich erschweren, diese Hilfen überhaupt noch in Anspruch nehmen zu können. PA227 steht dagegen: ins Wahlprogramm soll die Ablehnung der Neuregelung, das bestehende Gesetz ist danach zu überarbeiten.

Sozialpiraten, stm

PA238 | ALG-II/Hartz-IV Wahlprogramm

Mehr-Euro-Jobs

Gehaltschancen Die berühmten Arbeitsgelegenheiten haben eine längere Geschichte. Schon zu Zeiten der alten Sozialhilfe gab es sie in sehr geringem Umfang und wenigen Wochen Dauer. Mit den Hartz-IV-Reformen wurden diese Billigjobs deutlich gängiger, typischerweise 20 bis höchstens 30 Wochenstunden und maximal 12 Monate lang. Den Euro gibts pro Stunde, für marktferne Helferjobs bei der Stadtreinigung, Krankenpflege und so weiter. Eher eine Sackgasse! PA238 möchte so, wie bereits im NRW Landes-Wahlprogramm, die Ein-Euro-Jobs wegen vielfältiger Probleme und Mißbrauch aussetzen. Stattdessen sollen echte qualifizierende Maßnahmen her, die reale Chancen auf den ersten Arbeitsmarkt bieten. Außerdem soll die als „Strafarbeit“ erlebte Rechtlosigkeit der Eurojobber wegfallen.

stm



PA017 | Bauen und Verkehr Wahlprogramm

Ein Herz für Mofa-Fahrer

Kennzeichen länger gültig Motorroller und Mofas, oder auch manche Rollstühle und in Zukunft immer mehr e-bikes haben sie: die zulassungsfreie Fahrt mit dem kleinen, quadratischen Versicherungskennzeichen. Dort, bei der Versicherung, holt man es sich direkt. Anders als bei Autos und größeren Motorrädern gibt es weder Zulassung noch TÜV. Doch jedes Jahr braucht es ein neues. Und, wer man am Stichtag unterwegs ist, muss pünktlich um Mitternacht anhalten, Schraubendreher auspacken und das neue Kennzeichen an die Fuhre montieren. Ein Unding, wie dieser Antrag PA017 findet: besser wäre es, wenn die Verkehrsjahre sich um eine Woche überschneiden. Dies soll an geeigneter Stelle im Bundeswahlprogramm stehen. Im Liquid Feedback waren 79 Prozent dafür.

Lars Reineke, stm

PA150 | Bildung und Forschung Wahlprogramm

Bildungswährung für Kinder

Schulgeld vom Staat Mit diesem reichlich esoterisch anmutenden Antrag will die „AG Gemeinwohlökonomie“ - besteht die eigentlich aus mehr als einer Person? die Forderung nach einer Parallelwährung in das Programm der Piratenpartei transportieren, um die „Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für sozial schwache Kinder“ zu verbessern. Warum das damit besser gehen soll als mit herkömmlichem Geld - insbesondere wo man doch laut Text sogar spätere Auslandsaufenthalte damit ansparen können soll - bleibt in der mit jeder Menge schwammiger Sozial-Lyrik verbrämten Begründung völlig unklar.

AG Gemeinwohlökonomie, rad

PA278 | Bildung und Forschung Wahlprogramm

Kita ab dem ersten Geburtstag

Guter Start Dieser Antrag des AK Bildungspolitik NRW beinhaltet zahlreiche detaillierte Forderungen, um vor Beginn der Schullaufbahn durch frühkindliche Bildung bei jedem Kind möglichst gute Bildungsvoraussetzungen zu schaffen. Beitragsfreie Betreuung in wohnort- oder arbeitsplatznahen Kitas ab dem ersten Geburtstag ohne irgendwelche, speziell konfessionelle, Zugangsbeschränkungen, Unterstützung armer Kommunen durch Land und Bund, die Vermeidung langer Schließungszeiten und Betreuungslücken durch lokale Vernetzung sowie ein höherer Anteil an akademisch gebildetem Personal und dessen verantwor-

tungsgerechte Bezahlung insgesamt sind die Kernforderungen.

AK Bildungspolitik NRW, rad

PA343 | Bildung und Forschung Bildung und Forschung Wahlprogramm

Karate Kids ab Klasse 6

Selbstverteidigung Dieser Antrag beinhaltet die Forderung nach einheitlichen, öffentlich finanzierten Selbstverteidigungskursen im Sportunterricht ab Klasse 6. Die durch Ausbilder der Polizeischulen im Rahmen der Präventivarbeit gegen Gewalt an Schulen durchzuführenden Kurse sollen Kinder befähigen, in Notsituationen angemessen zu handeln und sich selbst zu verteidigen. Dass es hierbei um Missbrauchsprävention geht und nicht um Förderung von Raufbolden, erfährt der Leser leider erst in der Antragsbegründung, die später im Programmtext dann wegfällt.

Willi67 und

Mirjam Sturmman-Püttcher, rad

PA433 | Bildung und Forschung Wahlprogramm

Lernen von Geburt an

Kindergarten Die Bundesregierung ist dabei, das Betreuungsgeld zu verabschieden; die Mitglieder der Piratenpartei sehen die Elementarbildung differenzierter. Schon im ersten Textblock des Wahlprogramms zur Bildung soll stehen: „Der Bildungsprozess eines Menschen beginnt mit seiner Geburt.“ So formuliert Antrag PA433. Die Stärkung der sprachlichen und motorischen Förderung der Kinder in Kindergärten in PA278 ist ein Beispiel der Forderungen der Piraten nach (mehr) Bildung im Elementarbereich. Auch in der Tagespflege muss Bildung nach Auffassung der Piratenpartei vermittelt werden, nachzulesen in PA369. Ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr wird in PA312 gefordert; dieser Antrag rundet die Elementarbildung zur Schule hin ab.

Masch, masch

PA595 | Bildung und Forschung Wahlprogramm

Digitale Lehrmaterialplattform

Schulbuch 2.0 Der wortreiche Antrag fordert in weitschweifigen Formulierungen, eine übergreifende, interaktive Plattform einzurichten beziehungsweise existierende Foren zu fördern, die es Lehrern gestatten, untereinander selbst erstellte Lernmaterialien wie Arbeitsblätter oder informative Artikel auszutauschen. Die Qualitätssicherung dieses Materials wird nur gestreift, Fragen der Lizenzierung des Materials sowie der Finanzierung der Plattform trotz des ver-



gleichsweise länglichen Umfangs völlig ausgeklammert.

Roggetti, rad

PA535 | Datenschutz Wahlprogramm

Weg mit der „Gesundheitskarte“!

Sensible Daten Die mit allerlei Speichermöglichkeiten und Foto versehene Gesundheitskarte sollte unsere alte, 1995 eingeführte Krankenversicherungskarte in Deutschland ersetzen. Doch bisher wurde daraus nichts: seit bald 6 Jahren ist die schlaue Karte in der Schwebe. Die Parteieinigung der Piraten ist eindeutig: Sie richten sich gegen jede Vorratsdatenspeicherung und Datenbanken mit sensibelsten Daten von über 80 Millionen Menschen. Ein Missbrauch kann nie ausgeschlossen werden. Da es sich um höchst sensible nationale Krankenakten handelt, ist die Ablehnung der ungesunden Speicherkarte von größter Wichtigkeit. Ein medizinischer Nutzen ist bisher nicht erwiesen. Die Risiken sind aber sehr wohl real. Systeme in Arztpraxen sind oft voller Einfallstore, das erhöht die Risiken auf Datenlecks. Aus all diesen Erwägungen heraus lehnt PA525 die Gesundheitskarte ab. Das soll ins Bundeswahlprogramm.

Jan Schejbal, stm

PA212 | Drogen Wahlprogramm

Ja zum elektrischen Rauchen

E-Zigarette Viele Menschen in Deutschland benutzen heute die E-Zigarette als Genussmittel: ein elektronisch betriebener Verdampfer gefüllt mit dem Lieblings-„Liquid“ in zig Geschmacksvarianten. Im Kompass 2012.1 haben wir über die Anfeindungen gegen die „Dampferfreunde“ berichtet. E-Zigaretten-Liquids bestehen aus einer Trägersubstanz wie Propylenglykol und Aromen und können, müssen aber nicht, zusätzlich die Raucherdroge Nikotin enthalten. Bei der Verdampfung in der E-Zigarette entstehen aber weder Rauch noch nach derzeitigem

Wissenstand andere, für Dritte schädliche Emissionen. Doch auch das elektrische Rauchen steht im Fokus der Nichtrauchergesetzgebung: in NRW soll es im Zuge der Novelle gleich mit verboten werden. Eine typische grüne Bevormundung! Für einen angemessenen Konsens setzt sich die AG Drogenpolitik ein. Antrag PA212 wendet sich gegen Gleichstellung mit traditionellem Rauchen, also gegen Verbote. Nur dort, wo aus Jugendschutz- und Verbraucherschutz Regelungen nötig sind, sollen sie ins Gesetz.

AG Drogenpolitik, stm

PA220 | Drogen Wahlprogramm

Cannaboid forte

Rauschtherapie auf Rezept aber nicht nur: In jüngster Zeit nehmen Forscher die medizinischen Wirkungen vom Hanferzeugnis ins Visier. Man nehme Cannabis gegen Übelkeit, Erbrechen, Depression und zur Schmerzlinderung als Krebs-, MS- oder Morbus-Crohn-Patient. Seit Mai 2011 ist Cannabis auch in Deutschland zur Arzneimittelherstellung erlaubt, gibts in Fertigarzneimitteln auf Arztrezept. Warum dann noch ein Antrag PA220, der „Cannabis als Medikament“ fordert? Weil es in der Praxis noch nicht so richtig fluppt, denn das Betäubungsmittelgesetz gibt es auch noch. So kommt der reine Stoff erst nach kompliziertem Antrag per Rezept. Der AG Drogenpolitik geht es darum, diese und weitere Hürden abzubauen und die vielversprechende Cannabis-Therapie anderen verschreibungspflichtigen Medikamenten gleichzustellen.

AG Drogenpolitik, stm

PA036 | Europa Wahlprogramm

Europaweit nie wieder Sommerzeit/ Winterzeit

Update Es gibt viele inzwischen obsolete Begründungen für die Zeitumstellung. Wahrscheinlich existiert sie nur noch aufgrund von Kompetenzschieberei zwischen EU und Bundestag. Es scheint sich keiner zuständig

zu fühlen, und viele Bürger müssen darunter leiden. Sei es durch vermehrte Verkehrs- und Wildunfälle, durch gesundheitliche Gefahren oder durch volkswirtschaftliche Schäden. Mit immer mehr energiesparender Beleuchtung entfällt sogar die Begründung einer angeblichen Energieeinsparung.

AG Zeitfeststellung, ulrics

PA277 | Freiheit und Grundrechte Wahlprogramm

Freie digitale Netze

Grundgesetz-Update

In digitalen Netzwerken findet heute ein nicht unwesentlicher Teil der Meinungsbildung und bei Piraten auch der politischen Arbeit statt. Dem gegenüber stehen allerlei Versuche, diese Freiheit einzuschränken. Sei es durch Ausbremsen von Datenpaketen, Sperren von Information oder Abmahnwahn. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Erweiterung des Grundgesetz-Artikel 5.1 um die zwei Worte „digitale Netzwerke“ ein. Dann steht da: „Artikel 5 (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk, Film und digitale Netzwerke werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Wenn auch die praktische rechtliche Wirkung nicht allzugroß sein wird, ist es doch ein symbolträchtiger Meilenstein, wenn diese Änderung dank PA277 kommt. Und im Gegensatz zu anderen Anträgen kostet er nichts und bringt viel. 80 Prozent Liquid-Feedback-Abstimmer sehen das genauso und wollen ihn im Wahlprogramm sehen. Berthold Weber, stm





PA331 | Gesundheit Grundsatzprogramm

Grundsätzlich wirksamer Nichtraucherschutz

Passivrauch mit Kompromiss Aus gleich drei ähnlichen Anträgen ging im Liquid Feedback dieser PA331 mit 75 Prozent als klarer Gewinner hervor. Ein hochumkämpftes Thema ist der Nichtraucherschutz, aber auch das althergebrachte Recht auf Rauchen. Gleich ins Grundsatzprogramm soll ein wirksamer Nichtraucherschutz gehoben werden, „der ein gesellschaftliches Miteinander von Nichtrauchern und Rauchern anstrebt und niemanden von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausschließt oder unverhältnismäßig in der persönlichen Entfaltung beschneidet.“ Konkret gibt es dann Rauchverbote in geschlossenen Räumen mit Ausnahmen: Raucherräume in Gaststätten, Raucherkneipen in kleinen Eckkneipen bleiben möglich. Was mit der E-Zigarette gestattet ist, bleibt in PA331 offen. Dazu schweigt er sich aus.

AG Nichtraucherschutz, stm

PA375 | Gleichberechtigung und Chancengleichheit Wahlprogramm

Gestärkte Sexarbeiter

Freie Berufswahl Halblegal ist der Rechtsrahmen, in dem bei uns Prostitution stattfindet. Kein Zustand, denn das älteste Gewerbe floriert überall auf der Welt, auch dort, wo es streng verboten und hoch bestraft wird. Überkommene Moralvorstellungen, Gewaltmythen und Vorurteile verhindern bisher in Deutschland, die Sexarbeit zu entkriminalisieren. Hier möchte PA375 im Bundeswahlprogramm klarstellen, dass auch für Tätige in diesem Bereich das Recht auf freie Berufswahl und sexuelle Selbstbestimmung gilt. Alle Sonderregelungen rund um die käufliche Liebe sollen auf den Prüfstand. Im Ergebnis gewähren neue Rechte eine

freie und ungehinderte Berufsausübung – eben so, wie es für alle anderen Erwerbstätigen völlig selbstverständlich ist.

diverse Piraten, stm

PA085 | Landwirtschaft Wahlprogramm

Genpflanzen nicht in Deutschland

Roundup-Roundup Der Antrag PA085 lehnt die so genannte „grüne“ Gentechnik ab, also die genetische Manipulation von Pflanzen, um zum Beispiel gezielt „Überlebensgene“ gegen bestimmte Pflanzenschutzmittel zu erzeugen. Das trifft Agrarchemieriesen wie Monsanto mit seiner Roundup-Produktlinie, die nur firmeneigenen Genmais auf dem Acker leben lässt. Bekannt sind diese Firmen für ihre aggressive Rechtsdurchsetzung. Zahlreiche unfreiwillige „Saatgutpiraten“/US-Farmer haben irre Prozesskosten in den Ruin getrieben. Und die Evolution schläft nicht: Nahe der Roundup-Felder wuchern Super-Unkräuter, die alles herkömmliche Pflanzenleben auslöschen. Das zum Wohle des massengefertigten Industriefraß mit Einheitsgeschmack, unbekannten Risiken und Nebenwirkungen. Nein danke: PA085 setzt auf traditionelle Sorten und nachhaltigen Anbau. Vielfalt schafft Sicherheit und Lebensqualität. Das gilt auch für die Nutztiere und ihre Zucht.

AG Landwirtschaft, stm

PA532 | Medienpolitik Wahlprogramm

Steuern statt GEZ

Öffentlicher Rundfunk Ein kurzer Antrag, der es in sich hat: die bisherige Finanzierung von ARD, ZDF und Co. über die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Sender (GEZ) möge abgeschafft werden. Stattdessen soll er aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Zwar steht dem die viel beschworene Staatsferne entgegen. Doch mit der neuen Haushalts-

abgabe für jede Wohnung wird die GEZ-Finanzierung sowieso immer steuerähnlicher. Politik regiert, über sorgsame Personalentscheidungen, eh in den Rundfunkbetrieb hinein. Dann wohl Staatsfunk ohne Wenn und Aber, wenn man PA532 zustimmen möchte.

Andreas Guckert, stm

PA617 | Pflege Grundsatzprogramm

Pflege in Würde

Grundsätzliches Verbesserung der Lebensqualität von pflegebedürftigen Menschen und Arbeitszufriedenheit des Pflegepersonals möchte dieser modulare Antrag ins Grundsatzprogramm der Piraten einfügen. Modulare Anträge stehen entweder komplett oder in ihren Einzelmodulen zur Abstimmung an. Modul 1 möchte Pflege aufwerten und mit anderen Bereichen des Gesundheitssystem gleichstellen. Modul 2 kümmert sich um die Lebensqualität, will das überzogene Qualitätsmanagement durch ein sogenanntes Gegenstromverfahren ersetzen, das Wünschen der Pflegekunden und Entscheidungen der Pflegefachkräfte mehr Gewicht einräumt. Modul 3 setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen ein. Modul 4 möchte die Schnittstellen zu anderen Fachbereichen rund um die Pflege stärken. Modul 5 schließlich will der Reha eine steigende Bedeutung zuweisen.

AG Gesundheit, stm

PA040 | Sicherheitspolitik Wahlprogramm

Volksabstimmung stoppt Auslandseinsatz

Bundeswehr In einer Demokratie ist der kriegerische Einsatz stets umstritten. Militär ist das letzte Mittel, wenn sich die Meinung durchsetzt, dass sonst nichts mehr hilft. In Zukunft sollen nur Missionen gestartet werden, die einen klaren Auftrag an die Truppe mit erreichbaren Zielen ha-

ben. Bisher durfte sich hierzulande das Volk höchstens in Meinungsumfragen zu Wort melden. Doch Piraten stehen für Politik, die vom Bürger her denkt. So soll auch der Bürger mitreden: ein Volksentscheid soll den Marschbefehl durch den Bundestag ergänzen. Ein Prozent der Wahlberechtigten kann diese Abstimmung in Gang setzen. Erst ab einer Beteiligung von mindestens 50 Prozent, einer äußerst hohen Hürde, sorgt eine mehrheitliche Entscheidung für das Ende vom Einsatz.

Untergruppe Verteidigungspolitik, stm

PA248 | Staat und Religion Wahlprogramm

Staat und Kirche getrennt

Religion Ein umfangreicher Antrag, der das bereits in mehreren Landtagsprogrammen gecoverte Religionsthema wieder auf die Tagesordnung holt. Der Staat soll neutral bleiben und keine Religionen aktiv fördern. Im Einzelnen fordert Programmantrag 248, jedlichen Gottesbezug in Gesetzen zu streichen, religiöse Symbole aus öffentlichen Gebäuden zu entfernen und einen neutralen Eid anzubieten. Der Schulunterricht soll von religiösen Elementen entkernt werden, angefangen beim Schulgebet. Auch die althergebrachten Staatszahlungen an

Kirchen sollen per Gesetz abgelöst sein. Klerikergehälter kommen nicht mehr aus der Staatskasse, es verbleibt lediglich das Gemeinnützigkeits-Privileg im Steuerrecht, wie es auch für Vereine aller Art gängig ist. Vereinsrecht ist dann auch für alles weitere angesagt, denn die Religionsgemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts gibt es dann nicht mehr. Theologische Lehrstühle werden umgewidmet, in den Kirchenfirmen herrscht das allgemeine Recht für Arbeitnehmer. Militärseelsorge wird eingeschränkt, Kirchenredaktionen bei den Öffentlich-rechtlichen Sendern entfallen, stille Feiertage mit ihrem Ruhezwang entfallen und religiöse Feiertage werden zu gesetzlichem Urlaub, den Arbeitnehmer frei verteilen können.

Florian Zumkeller-Quast,
Norbert Hense, stm

PA188 | Umwelt Wahlprogramm

Schulterschluss: mehrere umwelt-politische Ziele in einem Antrag!

Synergien

Nach monatelanger Vorbereitung und viel Überzeugungsarbeit gelang es, dass Piraten-Arbeitsgemeinschaften mit den unterschiedlichsten thematischen Ansätzen

in überschneidenden Themenfeldern sich zusammen getan haben, um miteinander einen Antrag für Bochum zu schreiben. Es waren AG Nachhaltigkeit, AG Umwelt, AG Energiepolitik, die AntiAtomPiraten, AG Landwirtschaft, AG Bauen und Verkehr und AG Tierrecht. Die übergreifende Aktionsgemeinschaft Schulterschluss hat es letztendlich geschafft und einen runden Beitrag zu umweltpolitischen Zielen vorgelegt. Sinn ist, dass wir mit der gemeinsamen Arbeit zu einem wichtigen Thema unser Wahlprogramm erweitern und gleichzeitig auch die knappen Zeitressourcen des Parteitages entlasten. In Stichworten: ja zur dezentralen Energieversorgung, Automausstieg, Atommüll verantwortungsvoll geeignet lagern, Forderung nach Klimaschutzgesetzgebung, Bergrecht abschaffen, Recht auf eigenen Trinkwasserbrunnen, Bauen und Wohnen, qualifizierter Mietspiegel flächendeckend, keine privaten Verkehrsprojekte, fahrscheinloser ÖPNV, mehr übergreifende Raumplanung, Stärkung der Landwirtschaft auch für kleine Betriebe, gegen Massentierhaltung, gegen Gen-Pflanzen, neubewertete Agrarsubventionen, Verbandsklagen für Tierschützer, regulierte Nutztierhaltung, keine Tierversuche im nichtmedizinischen Bereich, Verbraucher- und Datenschutz.

viele Antragssteller, stm

Anzeige



ambition

Oliver Wenzlaff

**Piraten-
kommunikation**

Was die Eliten in Politik und Wirtschaft
von den Piraten lernen können

KLARTEXT!

Piraten sagen: „Hier haben wir noch keine Position.“ Andere Parteien meinen dasselbe, sagen aber: „Wir haben sehr lange diskutiert. Wir haben Fortschritte erzielt und sind uns bereits in vielen Punkten einig. Bevor wir Ergebnisse präsentieren, müssen wir uns aber noch einmal abschließend zusammensetzen.“

Oliver Wenzlaff – Piratenkommunikation.
Das erste Sachbuch über die Sprache der Piratenpartei
Mit Interviews von Andreas Baum, Simon Kowalewski,
Martin Delius und Thomas Brück

€ 24,99

ISBN 978-3-942821-17-9

Auszüge lesen & versandkostenfrei bestellen:
www.ambition-verlag.de